



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

11. JAHRGANG • NR. 71

AUGUST 2012

DOKUMENTATION

- 2 Brief von Sigmar Gabriel zur Regulierung des Finanzsektors

WAHLKREIS

- 3 Terminübersicht
- 3 Veranstaltungen der SPD-Themenwoche „Gegen Rechts“ in Kalk mit Prof. Frank Decker und NRW-Innenminister Ralf Jäger
- 3 Wanderung durch die Wahner Heide am 9. September

KÖLN

- 4 Wechsel im Kölner MdB-Büro: Claudia Brock folgt auf Renate Dinkelbach
- 4 Forum Bundespolitik mit Prof. Welfens zum Euro am 19. September
- 5 Diskussion mit Aydan Özuguz zu Integrationspolitik am 31. August
- 5 Veranstaltung mit Martin Schulz zur Zukunft Europas
- 6 Arbeitsschwerpunkte und Büros der SPD-Landtagsabgeordneten
- 7 SPD beim CSD besonders präsent

NRW

- 8 Die neue Landesregierung
- 8 Der rot-grüne Koalitionsvertrag

BUNDESTAG

- 9 Kurzberichte zu: Wahlrechtsreform; „Jugend und Parlament“; Pflegereform; Besuchergruppe; Diskriminierung
- 10 ESM, Fiskalpakt und Hilfspaket für Spanien – Sonderausgabe der Berlin Depesche
- 10 Thesenpapier von Sigmar Gabriel zu Banken und Finanzsektor
- 12 Berliner Tagebuch: Protokoll der Sitzungswoche des Bundestages vom 25. bis 29. Juni

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2012, Büros, Impressum



Berliner Tagebuch

Protokoll einer Sitzungswoche ab Seite 12

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 31.7.2012

Aktualisierte Fassung 7.8.2012

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

Brief von Sigmar Gabriel zur Regulierung des Finanzsektors

Nachfolgend dokumentieren wir den Brief des SPD-Parteivorsitzenden vom 23. Juli 2012 an Mandats- und Funktionsträger der SPD. Das erwähnte Thesenpapier findet sich auf Seite 10.

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 19. Juli hat der Bundestag mit den Stimmen der allermeisten SPD-Abgeordneten Hilfen für Spanien aus dem Rettungsschirm EFSF beschlossen.

Wir haben zugestimmt, weil wir wissen, dass ein Zusammenbruch des spanischen Bankensektors auch uns in Deutschland treffen würde — mit verheerenden Folgen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in unserem Land. Und wir konnten zustimmen, weil der spanische Staat für die Hilfszahlungen haftet und Spanien sich zu sehr weitreichenden Eingriffen in seinen Bankensektor verpflichtet hat.

Die SPD hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Euro-Rettungspolitik zu einem Kurswechsel zwingen können: Nachdem sie das jahrelang abgelehnt hat, will jetzt auch die Regierungskoalition die Finanzmärkte besteuern. Auf Druck von SPD und Bündnis 90/Grünen werden wir endlich die Hauptverursacher der Krise - die Zocker in den Banken und an den Börsen - an der Finanzierung der Krisenbewältigung beteiligt. Und wir konnten durchsetzen, dass in Europa nicht länger einseitig auf das Zusammenstreichen der Staatshaushalte gesetzt wird, sondern endlich auch wirksame Wachstumserfolge gesetzt werden. Das Konzept, das wir Sozialdemokraten in der großen Koalition durchgesetzt haben und das Deutschland bislang gut durch die Krise geführt hat, wird jetzt auch in Europa angewandt.

Aber wir wissen auch: All das kommt sehr spät, weil Angela Merkel und ihre wackelige Koalition viel zu lange gewartet haben. Die Krise ist immer größer geworden und die Rettungsschirme auch. Wir betreiben gerade Krisenmanagement. Immer neue Rettungsschirme, immer neue Hilfszahlungen bringen uns einer Lösung der Krise nicht näher. Sie verschaffen uns höchstens die Zeit, tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Gerade der Fall Spanien zeigt Europa leidet nicht allein unter einer Staatsschuldenkrise, sondern unter einer Bankenkrise. Spanien hatte vor Beginn der Krise eine niedrigere Schuldenstandsquote als Deutschland, der Staatshaushalt ist erst in dem Moment aus dem Ruder gelaufen, als die ersten Banken „gerettet“ werden mussten.

Jetzt müssen wir Sozialdemokraten die Bundesregierung dazu zwingen, auch bei der Krisenlösung den Kurs zu wechseln. Wenn der Finanzsektor das Problem ist, dann hilft das Kürzen

von Staatsausgaben nicht weiter!

Wir brauchen endlich eine robuste Regulierung des Finanzsektors — so, wie sie Peer Steinbrück schon in der großen Koalition vorschlagen hat. Wir müssen den Finanzsektor gesundschrumpfen, denn wir sehen gerade in Spanien, dass große Banken ganze Volkswirtschaften bedrohen können. „Too big to fail“ darf nicht länger gelten. Und übrigens „too interconnected to fail“ auch nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass uns Finanzinstitute nicht länger mit dem Hinweis erpressen können, sie seien „systemrelevant“.

Große Banken und Finanzmärkte erpressen die Staaten. Sie machen gigantische Profite mit riskanten Geschäften und zwingen die Staaten mit ihren Steuerzahlungen in die Haftung, wenn es schief geht, weil Bankeninsolvenzen ganze Volkswirtschaften bedrohen.

Das müssen wir endlich ändern!

- Wir wollen dem Bankensektor endlich wieder Zügel anlegen und ihn bändigen.
- Wir wollen den Verlustsozialismus von Banken und Finanzmärkten beenden, bei dem Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.
- Wir wollen zurück zur sozialen Marktwirtschaft, bei der Risiko und Haftung in einer Hand liegen.

Auf www.spd.de

[\[www.spd.de/aktuelles/News/74360/20120721_gabriel_thesenpapier_banken_wesen.html\]](http://www.spd.de/aktuelles/News/74360/20120721_gabriel_thesenpapier_banken_wesen.html)

findet ihr ein Papier mit einigen Vorschlägen dazu. Ich lade euch herzlich ein, mit der Partei vor Ort, mit den Menschen im Wahlkreis, aber auch mit Vertretern aus Wirtschaft und Gewerkschaften über das Thema zu diskutieren. Für Anregungen, Ergänzungen und Kritik bin ich sehr dankbar. Wir werden dazu auf unserer Internet-Plattform SPD.de einen speziellen Bereich einsetzen.

Ich finde, wir sollten nicht nur über den Sommer öffentlich über unsere Vorstellungen von einem gerechten Europa reden. Und dazu gehört aus meiner Sicht ganz zentral die Frage, wie wir den Finanzsektor neu gestalten.

Mit besten Grüßen

Euer

Sigmar Gabriel

Terminübersicht

Aktuelle Kölner Veranstaltungen mit Martin Dörmann

Sonntag, 26. August, 11:00 Uhr

„Danke Renate!“

Feier zur Verabschiedung von Renate Dinkelbach

Freitag, 31. August, 16:00 Uhr

Integration geht uns alle an

Diskussion mit Aydan Özuguz, MdB

Mittwoch, 5. September, 18:30 Uhr

Rechtsextremismus

Diskussion mit Prof. Decker

Sonntag, 9. September, 10:00 Uhr

Wanderung durch die Wahner Heide

Mit Jürgen Schumann

Donnerstag, 19. September, 19:00 Uhr

Die Zukunft des Euro

Diskussion mit Prof. Paul Welfens

Verschoben auf November:

Europa stärken – Zukunft sichern

Diskussion mit Martin Schulz, MdB

Nähere Infos zu den Veranstaltungen auf dieser und den nächsten Seiten.

SPD-Themenwoche „GEGEN RECHTS“ in Köln-Kalk

Der SPD-Stadtbezirk Kalk und die Kalker BV-Fraktion engagieren sich seit langem aktiv gegen Rechtsextremismus. Im Rahmen einer Themenwoche „GEGEN RECHTS“ laden sie zu zwei Veranstaltungen aus politikwissenschaftlicher bzw. politikpraktischer Perspektive ein:

Mittwoch, 5. September 2012, 18:30 Uhr

Bürgerhaus Kalk

Kalk-Mülheimer Straße 58, 51103 Köln-Kalk

Freitag, 7. September 2012, 17:30 Uhr

Bezirksrathaus Kalk

Kalker Hauptstraße 247-273, 51003 Köln-Kalk



Prof. Frank Decker
Politikwissenschaftler



Ralf Jäger
NRW-Innenminister

Talk mit **Martin Dörmann, MdB** und **Marco Pagano**,
Vorsitzender der SPD im Stadtbezirk Kalk

Talk mit **Stephan Gatter, MdL** und **Oliver Kreams**,
Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BV Kalk

Wanderung durch die Wahner Heide am 9. September

Unterwegs mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann

Zum vierten Mal lädt **Martin Dörmann** interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Geführt wird die Wanderung von **Jürgen Schumann**, ausgewiesener Heidekenner und Dokumentarfilmer. Diesmal geht es in die Wälder der Ostheide: Rund um den Fliegenberg, mit einem Abstecher zum Kronenweiher, vorbei am Quarzitsteinsee und zum Leyenweiher.

Treffpunkt ist am 9. September um 10:00 Uhr der westliche Parkplatz Altenrather Straße/Stellweg, erreichbar über den Verkehrskreis auf der Alten Kölner Straße, Ausfahrt Altenrather Straße, nach genau drei Kilometern. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Wanderung wird je nach Wetterlage zwei bis drei Stunden dauern. Für die Wanderung über Stock und Stein empfehlen sich feste Schuhe.

Personalwechsel im Kölner MdB-Büro

Claudia Brock folgt auf Renate Dinkelbach



Claudia Brock

Nach insgesamt 24 Jahren engagierter Tätigkeit für die Kölner SPD und Ihre Bundestagsabgeordneten ging **Renate Dinkelbach** Ende Juli in den wohlverdienten Ruhestand. Wir wünschen ihr alles Gute und bedanken uns herzlich für die tolle Zusammenarbeit!

Ab 1. August tritt **Claudia Brock** die Nachfolge als Mitarbeiterin im Gemeinschaftsbüro der Kölner Bundestagsabgeordneten an. Sie ist Politikwissenschaftlerin und war u.a. langjährige Abgeordnetenmitarbeiterin bei **Marc Jan Eumann**. Der ehemalige Landtagsabgeordnete ist seit 2 Jahren NRW-Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien. Claudia Brock, seit 1986 SPD-Mitglied, war viele Jahre in unterschiedlichen Funktionen aktiv und ist heute Vorstandsmitglied im rechtsrheinischen SPD-Ortsverein Stammheim/Flittard.



„Danke Renate!“

Wir verabschieden eine tolle Kollegin und Mitarbeiterin. Am 26. August ab 11 Uhr im SPD-Parteihaus Köln, Magnusstrasse 18b.

Forum Bundespolitik und Europaforum der KölnSPD

Die Zukunft des Euro

Die europäische Staatsschuldenkrise und ihre Überwindung

Vortrag und Diskussion mit:

Prof. Paul Welfens

Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Mittwoch, 19. September 2012, 19:00 Uhr

Kammeroper Köln
Friedrich-Ebert-Strasse 4, 50996 Köln (Rodenkirchen)



Die Staatsschuldenkrise gefährdet den Wohlstand der über 300 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Euro-Zone. Wie kann die Krise nachhaltig überwunden werden? Sollten wir am Euro festhalten? Welches Maß an gemeinsamer Haftung ist hierfür notwendig und vertretbar? Welche Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung haben unterschiedliche Zukunftsszenarien? Wie kann Europa sein politisches Gewicht bewahren?

Unser Gastreferent **Paul J.J. Welfens** ist Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik

an der Bergischen Universität in Wuppertal. Bereits 2008 warnte er vor den Refinanzierungskrisen in den südlichen Mitgliedsländern. Gerade ist sein Buch „Die Zukunft des Euro“ erschienen. „Paul J.J. Welfens legt mit diesem Buch eine eindrucksvolle Analyse der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone vor. Seine Kritik am IWF ist mutig und seine Empfehlungen an die Politik sind gleichermaßen innovativ wie konkret.“ (Bert Rürup)

Martin Dörmann, MdB (Leiter Forum Bundespolitik)
Tine Hördum (Leiterin Europaforum)

Integration geht uns alle an Gleichberechtigt miteinander leben

Vortrag und Diskussion mit:

Aydan Özoguz, MdB

stellv. SPD-Vorsitzende und

Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 31. August 2012, 16:00 Uhr

Landschaftsverband Rheinland Horion Haus, Raum "Rhein"

Hermann-Pünder-Straße 1, 50679 Köln (Deutz)



Deutschland ist vielfältig und reich an Erfahrung im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Sozialisationen. Integration gelingt, wo faire Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit bestehen – und diese auch genutzt werden. Das ist keineswegs einfach zu erreichen, sondern erfordert kontinuierliche politische Arbeit und gesellschaftliche Überzeugungskraft. Wichtig ist, dass alle die Notwendigkeit erkennen, mitzumachen. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Zukunft unseres Landes gestalten und mit ihrer Integrationspolitik Perspektiven eröffnen.

Integration findet vor Ort statt – in den Städten und Kommunen, in der Nachbarschaft und im Veedel. Das heißt für uns: Runter von den verschiedenen Integrati-

onsgipfeln im Bundeskanzleramt und hinein in die Arbeit vor Ort. Darum machen wir Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion uns selbst ein Bild von Projekten der Integrationsarbeit im Rahmen unseres „Zukunftsdialoges Integration“.

Über die Erfahrungen, über die integrationspolitischen Positionen der SPD-Bundestagsfraktion, aber natürlich auch über Ihre Meinungen und Fragen rund ums Thema Integration wollen wir mit Ihnen diskutieren.

Die Ergebnisse unseres Zukunftsdialoges Integration und die Anregungen aus dieser Diskussionsveranstaltung werden wir in unsere parlamentarische Arbeit und in die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes der SPD-Bundestagsfraktion einfließen lassen.

Europa stärken – Zukunft sichern

Nachhaltige Politik für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung

Vortrag und Diskussion mit:

Martin Schulz, MdEP

Präsident des Europäischen Parlaments

Der in der Voraufgabe angekündigte Termin am 7.9. muss leider wegen dringender europapolitischer Verpflichtungen des Referenten verschoben werden. Die Veranstaltung wird nun voraussichtlich im November stattfinden und rechtzeitig auf der Homepage www.martin-doermann.de veröffentlicht.



In den letzten Monaten hat sich die Krise in Europa zuspitzt. Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, durch entschlossenes Handeln den Teufelskreis aus instabilen Finanzmärkten, hohen Staatsschulden und einer um sich greifenden Rezession zu durchbrechen. Im Gegenteil, in zwei Jahren unzureichender Krisenbewältigung sind die Schulden der Krisenländer nicht gesunken, sondern gewachsen, und die Risiken für Deutschland nicht geringer sondern größer geworden. Auf tragfähige Haushalte ausgerichtete Schuldenregeln in ganz Europa sind notwendig. Dauerhafter Schuldenabbau wird aber nur in

Verbindung mit wirtschaftlicher Dynamik und Wachstum gelingen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass neben Rettungsschirmen und Schuldenbegrenzungsregeln durch einen europäischen Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung wichtige Impulse für eine wirtschaftliche Stabilisierung der Euro-Zone gesetzt wurden. Denn eins ist klar: ein Scheitern des Euros würde unabsehbare Risiken für Deutschland als größte Exportnation bedeuten.

Arbeitsschwerpunkte und Büros der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Nachfolgend geben wir einen Überblick zu den Arbeitsschwerpunkten und Büros der sieben Kölner SPD-Landtagsabgeordneten, soweit diese inzwischen festgelegt wurden. **Martin Börschel** und **Stephan Gatter** wurden erneut zu Fachsprechern der SPD-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss bzw. im Ausschuss für Haushaltskontrolle gewählt. **Jochen Ott** ist nun stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW.

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln
Tel: 0221-99559974
sascha.solbach@landtag.nrw.de
Mitarbeiter: Sascha Solbach

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: 0211-8842323
stefanie.kempf@landtag.nrw.de
Mitarbeiterin: Stefanie Kempf



Martin Börschel

Wahlkreis 19 (Köln VI)
Mühlheim

Büro als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

SPD-Fraktion im Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Tel. 0221-221-25960
Postfach 101143
40002 Düsseldorf
mail@martin-boerschel.de

www.martin-boerschel.de

Ausschussmitgliedschaften:

- Haushalt- und Finanzen (Sprecher)
- Hauptausschuss
- Ständiger Ausschuss gem. Artikel 40 der Landesverfassung



Stephan Gatter

Wahlkreis 18 (Köln IV)
Kalk-West, Deutz, nördliche Innenstadt

Wahlkreisbüro Stephan Gatter (Gemeinschaftsbüro mit Martin Dörmann)

SPD-Bürgerbüro Kalk
Kalker Hauptstraße 212, 51103 Köln
Tel: 0221-8704302
frank.heinz@landtag.nrw.de
Mitarbeiter: Frank Heinz

www.stephangatter.de

Ausschussmitgliedschaften:

- Haushaltskontrolle (Sprecher)
- Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Ingrid Hack

Wahlkreis 13 (Köln I)
Rodenkirchen, südliche Innenstadt

www.indrid-hack.de

Ausschussmitgliedschaften:

- Familie, Kinder und Jugend
- Integration



Gabriele Hammelrath

Wahlkreis 15 (Köln III)
Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen

www.gabrielle-hammelrath.de

Ausschussmitgliedschaften:

- Innovation, Wissenschaft und Forschung
- Schule und Weiterbildung



Andreas Kossiski

Wahlkreis 16 (Köln IV)
Chorweiler, Niehl, Riehl, Weidenpesch,
Longerich, Mauenheim

www.andreas-kossiski.de

Ausschussmitgliedschaften:

- Innen
- Sport



Jochen Ott

Wahlkreis 17 (Köln V)
Porz, Kalk-Ost

Wahlkreisbüro Jochen Ott
(Gemeinschaftsbüro mit Martin Dörmann)
SPD-Bürgerbüro Porz
Hauptstraße 327, 51143 Köln
Tel: 02203-951359
buergerbuero-porz@web.de
Mitarbeiterteam:
Marion Tillmann, Karl Heinz Tillmann
www.jochen-ott.de

Stellv. Vorsitzender der SPD-
Landtagsfraktion

Ausschussmitgliedschaften:

- Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
- Ältestenrat
- Ständiger Ausschuss gemäß Artikel
40 der Landesverfassung



Lisa Steinmann

Wahlkreis 14 (Köln II)
Lindenthal

www.lisa-steinmann.de

Ausschussmitgliedschaften:

- Kommunalpolitik
- Kultur und Medien

Kölner Christopher Street Day 2012

SPD mit Schulz, Schneider, Kahrs und Dörmann besonders präsent

Der diesjährige Kölner CSD Anfang Juli stand unter dem Motto „Ja, ich will!“. Damit wurde auf die Forderung gezielt, gleichgeschlechtliche Partnerschaften endlich die Möglichkeit der Eheschließung einzuräumen, damit diese nicht nur gleiche (Unterhalts-) Pflichten, sondern auch gleiche Rechte bekommen. Eine Forderung, die auch die SPD-Fraktion im Bundestag kürzlich in einem Antrag erhob (siehe Bericht auf Seite 9).

Die SPD war diesmal besonders präsent. Redner bei der Abschlusskundgebung am Heumarkt waren EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz**, Landesminister

Guntram Schneider sowie **Johannes Kahrs**, Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für Schwule und Lesben. Er nahm zusammen mit **Martin Dörmann** an den wichtigsten Veranstaltungen des Wochenendes teil, der wiederum Talkgast auf der Bühne am Alter Markt war. Begleitet wurden die beiden von aktiven Kölner Schwusos, an der Spitze mit **Martin Unkel**, **Kasten Löffert** und **Fabian Spies**. Die SPD-Landtagsabgeordneten **Lisa Steinmann**, **Ingrid Hack**, **Gabriele Hammelrath** und **Andreas Kossiski** sowie Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** komplettierten die sozialdemokratische Riege bei den Feierlichkeiten.



Talkrunde auf dem Alter Markt



Martin Dörmann, Johannes Kahrs und Martin Schulz

Die neue rot-grüne Landesregierung

Am 20. Juli wurde **Hannelore Kraft** vom Landtag mit 137 Stimmen erneut zur **Ministerpräsidentin** des Landes NRW gewählt.

Die SPD stellt die Leitung folgender Ministerien:

Finanzen: Norbert Walter-Borjans

Inneres: Ralf Jäger

Arbeit und Integration: Guntram Schneider

Wirtschaft: Garrelt Duin

Justiz: Thomas Kutschaty

Wissenschaft: Svenja Schulze

Familie, Kultur und Sport: Ute Schäfer

Bauen und Wohnen: Michael Groschek

Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Dr. Angelica Schwall-Düren

Bündnis 90/Die Grünen stellen:

Schule: Sylvia Löhrmann

Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Barbara Steffens

Klimaschutz, Umwelt, Natur und Landwirtschaft: Johannes Remmel



Das Landeskabineett: A. Schwall-Düren, R. Jäger, T. Kutschaty, B. Steffens, G. Duin, S. Schulze, H. Kraft, S. Löhrmann, J. Remmel, G. Schneider, U. Schäfer, N. W. Borjans, M. Groschek (v.l.)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag: „Verantwortung für ein starkes NRW“

Miteinander die Zukunft gestalten

Bei der Landtagswahl am 13. Mai 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen für klare Verhältnisse gesorgt. SPD und Grüne haben eine deutliche Mehrheit errungen und den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten.



Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann stellen den Koalitionsvertrag vor

Im aktuellen Koalitionsvertrag wird der in den vergangenen zwei Jahren eingeschlagenen Weg der wirtschaftlichen und ökologischen, sozialen und demokratischen Entwicklung fortgesetzt.

„Bei uns steht nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt“, heißt es dort. Deshalb bleibt es beim Ziel: Wir lassen kein Kind zurück! Investiert werden soll in **Kinder und Bildung, die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung, handlungsfähige Kommunen, Familien und Inklusion**. Das stärkt die Gesellschaft als Ganzes und darüber hinaus auch den **Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen**.

Des weiteren wird sich die rot-grüne Landesregierung für **Städte und Gemeinden**, für mehr **Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt** und für eine gute **Entwicklung des Industrielandes NRW** einsetzen.

→ Der Koalitionsvertrag kann heruntergeladen werden unter: www.nrwspd.de

Kurzberichte

Bundesverfassungsgericht stoppt schwarz-gelbe Wahlrechtsreform

Das Bundesverfassungsgericht hat das von der schwarz-gelben Koalition im Alleingang durchgesetzte neue Wahlrecht für verfassungswidrig erklärt und neue, engere Grenzen für Überhangmandate gezogen. Sie dürfen nicht dazu führen, dass der Charakter der Bundestagswahl als eine Verhältniswahl verloren geht. Dagegen geklagt hatte u.a. die SPD-Fraktion.

Das Urteil ist eine schwere Niederlage und Blamage für die Koalition und Angela Merkel. Sie hatten versucht, eine auf reinen Machterhalt orientierte Regelung herbeizuführen. In die nun anstehenden Gespräche wird die SPD-Fraktion mit ihrem Vorschlag gehen, alle Überhangmandate auszugleichen. Das Wahlrecht ist das Fundament unserer Demokratie. Es muss den Wählerwillen repräsentieren und Mehrheiten korrekt abbilden.

Kölner Schüler Alexander Houché bei „Jugend und Parlament“ in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** nahm der Schüler **Alexander Houché** aus Köln-Poll vom 9. bis 12. Juni an einem Planspiel des Bundestages unter dem Motto "Jugend und Parlament" teil. 312 Jugendlichen wurde dabei die Möglichkeit geboten, an den Originalschauplätzen im Deutschen Bundestag Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe und in die Arbeit der Fraktionen zu erhalten. Die Teilnehmer wurden auf fiktive Parteien aufgeteilt und unterschiedlichen Ausschüssen zugewiesen. Sie übernahmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten und haben vier Gesetzesinitiativen simuliert.



Alexander Houché nutzte seinen Aufenthalt in Berlin auch dazu, im Büro von Martin Dörmann einen Eindruck vom Ablauf einer Sitzungswoche zu gewinnen.

SPD-Gegenkonzept zur Pflegereform

Am 29. Juni verabschiedete der Bundestag die schwarz-gelbe Pflegereform aus dem Hause „Bahr“ (FDP). Sie nutzt wieder einmal nur den Besserverdienenden. Die private Zusatzversicherung, der „Pflege-Bahr“ lohnt sich nur für Menschen mit guten Einkommen. Und der staatliche Zuschuss in Höhe von 5 Euro monatlich ist völlig un-

zureichend. Die SPD-Fraktion hat seit 2009 weiter an einem nachhaltigen Pflegekonzept gearbeitet, das breit mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert wurde. Seit März 2012 liegt das Konzept vor, das die SPD-Fraktion als Antrag dem Plenum vorgelegt hat (**Drs. 17/9977**). Die SPD will nach den Bundestagswahlen eine umfassende Pflegereform in Angriff nehmen. Die beinhaltet einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, die Bürgerversicherung sowie bessere Unterstützung für Angehörige.

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis



Ende Juni war erneut eine Kölner Besuchergruppe Gast von Martin Dörmann in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewannen sie Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt.

Schwarz-gelbe Koalition diskriminiert gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Mit schwarz-gelber Mehrheit wurden am 28. Juni ein Antrag der SPD-Fraktion **Drs. 17/8155** sowie ein Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drs. 17/4112** abgelehnt, die auf eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften abzielten, indem auch ihnen die Möglichkeit der Ehe eröffnet wird.



Auch beim CSD in Köln ging es um das Recht auf Ehe für homosexuelle Paare. Bei der CSD-Parade war die SPD mit einem eigenen Wagen und einer Fußgruppe besonders stark vertreten (siehe Bericht auf Seite 7).

Beschlüsse des Bundestages und Sonderausgabe der Berlin Depesche

Am 29. Juni wurden der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der die EFSF 2013 ablösen soll, und der Fiskalpakt, der die Länder Europas auf mehr Spardisziplin verpflichtet, im Bundestag debattiert. Die diesbezüglichen Begleitgesetze wurden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet. Auch der Bundesrat stimmte anschließend zu. Derzeit werden beim Bundesverfassungsgericht Eilanträge gegen die diesbezüglichen Umsetzungsbeschlüsse verhandelt, so dass die Gesetze bislang noch nicht in Kraft getreten sind.



Angesichts der besonderen Bedeutung ist Anfang Juli eine Sonderausgabe der Berlin Depesche mit ausführlichen Infos zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und zum Fiskalpakt erschienen.

Sie ist abrufbar auf der Homepage

www.martin-doermann.de

Am 19. Juli wurden die Bundestagsabgeordneten zu einer Sondersitzung nach Berlin gerufen. Mit großer Mehrheit stimmte der Bundestag einer deutschen Garantie für europäische Hilfsmaßnahmen in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro zur Rettung maroder spanischer Banken zu. 473 Abgeordnete stimmten mit Ja, 97 mit Nein, 13 enthielten sich.

Grundlage der Debatte waren zwei Anträge ([17/10320](#) und [17/10321](#)) des Finanzministeriums, mit denen die Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Gewährung einer Notmaßnahme der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) für Spanien beantragt wird. Die Laufzeit der Notmaßnahme soll 18 Monate betragen. Der deutsche Haftungsanteil für die Garantien beträgt gemäß EFSF-Beitragsschlüssel 29,07 Prozent. Unmittelbare Belastungen des Bundeshaushaltes ergeben sich aus dieser Maßnahme nicht.

Die Auszahlungen der Finanzhilfen sollen an den spanischen staatlichen Restrukturierungsfonds FROB als Bevollmächtigten der spanischen Regierung erfolgen. Der Fonds hat die Aufgabe, notwendige Hilfen an die betreffenden Banken weiterzuleiten. Die spanische Regierung steht gegenüber EFSF und ESM für die aus dem Kredit erwachsenden Verpflichtungen ein. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums soll die Finanzhilfe dazu dienen, „die Stabilität, Widerstandsfähigkeit und langfristige Wettbewerbsfähigkeit des spanischen Finanzsektors zu erhalten“ und den Marktzugang Spaniens zu „nachhaltigen Finanzierungsbedingungen“ zu sichern. Die Notmaßnahme solle zudem „unter strengen Auflagen“ erfolgen. Dazu gehören detaillierte Restrukturierungspläne der einzelnen Banken, die von der EU-Kommission genehmigt werden müssen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Frank-Walter Steinmeier** warf der Regierung vor, in der Krise im Euroraum strategielos und ohne langfristige Planung zu handeln. Er forderte einen eigenständigen dauerhaften Stabilitätsmechanismus nur für die Finanzinstitute in Europa, der sich aus einer Bankenabgabe finanzieren sollte.

Thesenpapier von Sigmar Gabriel zu Banken und Finanzsektor

„Eine Minderheit schadet der Mehrheit – und dem ganzen Land“

SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel hat im Juli ein Thesenpapier zur Bändigung von Banken und des Finanzsektors vorgestellt. Ein Ziel: Anstatt wie bisher Staaten zu erpressen und die Politik zu diktieren, müssen Banken auch pleitegehen können, ohne dass ganze Volkswirtschaften zusammenbrechen. Nachfolgend das Papier im Wortlaut:

Wie immer gilt: Die Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher, europäischer und internationaler Banken macht einen guten Job. Aber eine Minderheit von Bankmanagern riskiert durch ihr Verhalten täglich einen gigantischen volkswirtschaftlichen Schaden und hat einen massiven Vertrauensverlust für die gesamte Branche zu verantworten.

Das Vertrauen in Banken und Finanzmärkte wieder herzustellen, ist nicht allein die Aufgabe der Politik. Die anständigen und im besten Sinne „ehrbaren Kaufleute“ in Privatbanken, Sparkassen und Volksbanken müssen

sich endlich laut und vernehmlich gegen die „schwarzen Schafe“ ihrer Branche zu Wort melden und eigene Vorschläge zur Regulierung machen. Wir alle brauchen die Banken und einen leistungsfähigen Finanzsektor. Aber wenn die Menschen den Banken wieder vertrauen sollen, muss sich die Finanzindustrie grundlegend ändern. Aber auch die Politik ist gefragt: Sie hat in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht – auch in Deutschland. Umso wichtiger, dass wir jetzt endlich umsteuern: Wir dürfen nicht nur klagen und jammern, wir müssen handeln. Dabei sind die folgenden Punkte von besonderer Bedeutung.

1. **Banken erpressen die Staaten.** Aus Angst vor dem „Dominoeffekt“ und dem gigantischen Schaden für die reale Wirtschaft durch ein Zusammenbrechen großer Teile des Bankensystems wurden und werden die Regeln der Marktwirtschaft bei Banken und an den Finanzmärkten auf den Kopf gestellt: Sie müssen für den Schaden, den sie anderen bereiten, nicht aufkommen. Das ist verantwortungslos im wörtlichen Sinn: Risiko und Haftung liegen nicht mehr in einer Hand. Gewinne werden privatisiert – Verluste hemmunglos sozialisiert.

Deshalb brauchen wir endlich ein europäisches Bankeninsolvenzrecht, das dafür sorgt, dass große Pleite-Banken auch pleitegehen können – ohne dass ganze Volkswirtschaften zusammenbrechen. Zuerst müssen Aktionäre und Anleihegläubiger (nicht die Sparer) für ihre riskanten Geschäfte mit ihrem eigenen Vermögen haften - und nicht die Steuerzahler und der Staat. Statt staatlicher Rettungsschirme muss es einen privatwirtschaftlichen Rettungsschirm („Banken-ESM“) der großen Banken untereinander geben, der durch eine europaweite Bankenabgabe finanziert werden muss.

Wo trotzdem Banken durch staatliches Handeln „gerettet“ werden müssen, muss der Staat auch Eigentümer werden. Diese teilweise oder vollständige Verstaatlichung darf in Zukunft nicht mehr einzelfallbezogen erfolgen, sondern muss generelle gesetzliche Regelung werden, um ausreichend abschreckend auf die Aktionäre zu wirken.

2. **Banken diktieren die Politik.** Sie betreiben auch heute riskante Geschäft als hätte es die Finanzkrise 2008 nicht gegeben. Und wenn es schief geht, „bestellen“ sie bei der Politik „Rettungspakete“. Diese Rettungspakete werden immer gewaltiger und ihre Verabschiedung hat den Deutschen Bundestag längst in einen permanenten verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand gezwungen. Am schlimmsten aber ist: Die Politik erscheint der Bevölkerung immer mehr als ohnmächtiger oder willfähriger Handlanger von Banken und Finanzmärkten. Statt eine wirksame, harte und kompromisslose Regulierung und Bändigung des Finanzsektors zu ihrem Ziel zu machen, beugt sich die deutsche Bundeskanzlerin diesem Druck und fordert „marktkonforme Demokratien“.

Die Bundestagswahl 2013 muss zu einer Entscheidung über die Bändigung des Banken- und Finanzsektors werden. Nicht die Demokratie muss marktkonform werden, sondern die (Finanz-)märkte demokratiekonform. Um das zu erreichen brauchen wir u.a.:

- das Verbot des Hochfrequenzhandels, der sich inzwischen weitgehend jeder Kontrolle entzogen hat und Risiken maximiert statt zu minimieren.

- die Pflicht zur ausreichenden Absicherung des Verlustpotentials im Derivatehandel.

- eine ausreichende Eigenkapitalausstattung und größere nationale Einlagensicherungssysteme in Europa. Banken müssen wieder „langweilig“ werden: statt der Profitfantasie durch überzogene Schuldenhebel muss wieder das traditionelle Geschäft der Finanzierung von der Realwirtschaft in den Mittelpunkt rücken.

3. **Einige Banken leisten Beihilfe zur Steuerkriminalität.** Die aktuellen Fälle in der Schweiz zeigen: Man-

che Banken drücken nicht nur beide Augen zu, sie leisten nicht nur Beihilfe, sie sind Teil eines Netzwerks, das auch vor kriminellen Aktivitäten nicht zurückschreckt. Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu sind keine „Sünden“, sondern schwere Straftaten, die mit bis zu 10 Jahren Haft bestraft werden können. Schwere und bandenmäßig organisierter Steuerhinterziehung in Millionenhöhe ist organisierte Kriminalität.

Daher muss der Generalbundesanwalt verpflichtet werden, auch gegen ausländische Kreditinstitute und ihre Mitarbeiter im In- und Ausland die Strafverfolgung aufzunehmen.

4. **Banken zahlen unanständige Gehälter.** Während die Kundenbetreuer in der Filiale kurz gehalten werden, genehmigen sich die Top-Manager auch von Pleite-Banken üppige Gehälter und Boni. Wir wollen, dass ab einer bestimmten Obergrenze Vorstandsbezüge nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden können. Statt Leistung lohnen sich häufig Rücksichtslosigkeit, Lüge, Frechheit und Betrug. Jüngstes Beispiel: die Skandale beim Verkauf des Energieunternehmens EnBW durch CDU-Politiker und Manager von Morgan-Stanley.

Für die Schäden solcher Deals müssen die verantwortlichen Bankmanager mit ihrem Privatvermögen in Zukunft in Haftung genommen werden.

5. **Banken spekulieren riskant mit dem Geld ihrer Sparer.** Wir wollen nicht, dass Sparer mit ihren Einlagen für Spekulationsverluste in Milliardenhöhe haften. Deshalb muss der normale Bankbetrieb bilanziell oder rechtlich vom Investmentbanking getrennt werden. Der Bankensektor muss sich wieder gesund schrumpfen. Statt großer und nicht mehr kontrollierbarer Banken mit Bilanzsummen, die einem Mehrfachen der wirtschaftlichen Jahresleistungen ganzer Länder entsprechen, brauchen wir wieder kleinere Banken mit einem tragfähigen Geschäftsmodell.

6. **Banken zocken ihre Kunden ab.** Sie können sich für weniger als einem Prozent Zinsen Geld bei der Europäischen Zentralbank besorgen. Nie war Geld für die Banken so billig. Aber die Kunden in Deutschland müssen für ihren Dispo-Kredit im Durchschnitt über zehn Prozent zahlen.

Zentralbankkredite an Geschäftsbanken müssen mit Auflagen zur zinsgünstigen Weitergabe und Konditionen für deren Zinsstruktur verbunden werden.

7. **Banken halten sich nicht an „Selbstverpflichtungen“.** Bis zu 670.000 Menschen haben in Deutschland kein Girokonto - obwohl die Banken versprochen haben, ein „Jedermann-Konto“ für alle anzubieten. Jetzt muss der Gesetzgeber ran, um die Kunden zu schützen.

8. **Banken manipulieren.** Großbanken in London manipulieren den wichtigsten Leitzins mit krimineller Energie, Berater schwatzen arglosen Kunden auch in Deutschland Schrott-Papiere an – das zeigt: Viele Banken haben sich längst weit vom Ethos des ehrbaren Kaufmanns entfernt.

Die Strafvorschriften und die private Haftung müssen deutlich verschärft werden.

Berliner Tagebuch

Von Martin Dörmann, MdB

Die Sitzungswoche vom 25. bis 29. Juni 2012: Abstimmungen zu ESM und Fiskalpakt

Um einen Einblick in die Arbeit eines Abgeordneten in Berlin zu geben, schildere ich nachfolgend den Ablauf der Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause. Wie immer war sie vollgefüllt mit Terminen und Papieren. Im Mittelpunkt der Debatten im Plenum, in den Ausschüssen und in den Fraktionen standen diesmal die anstehenden Entscheidungen zu ESM und Fiskalpakt.



■ Montag, 25. Juni

8:10 Uhr: Flug von Köln nach Berlin. Heute tagt der Beirat der Bundesnetzagentur, der Regulierungsbehörde für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Dort bin ich als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied.

10:15 Uhr: Vorbesprechung der Beiratsmitglieder von SPD, Grünen und Linken.

11:00 Uhr: Beirat der Bundesnetzagentur. Schwerpunkt ist heute der Bereich Energie. Staatssekretär **Stefan Kapferer** informiert zunächst zur geplanten Umsetzung der Beschlüsse des Energiegipfels der Bundesregierung. Anschließend diskutieren wir mit den von der Bundesregierung berufenen Experten zur Begleitung des Monitoringprozesses „Energie der Zukunft“. Außerdem geht es um die Netzentwicklungspläne der Übertragungsnetzbetreiber. Insgesamt wird deutlich, dass der politische Handlungsdruck enorm groß ist, um die Energiewende erfolgreich bewältigen zu können, insbesondere im Hinblick auf notwendige Investitionen in den Netzausbau und die Bezahlbarkeit von Energie.

13:00 Uhr: Unterausschuss „Neue Medien“. Zunächst diskutieren wir mit Experten über das Thema „Open Data“. Anschließend gibt der Parlamentarische Staatssekretär **Dr. Max Stadler** einen Sachstandsbericht zum Leistungsschutzrecht für Presseverleger. Der vom Justizministerium erarbeitete Referentenentwurf wurde in der Öffentlichkeit bereits heftig kritisiert, weil viele eine Einschränkung der Kommunikation im Internet befürchten.

Auch nach den Ausführungen von **Herrn Stadler** bleiben noch viele Fragen offen.

15:00 Uhr: Gespräch zum Breitbandausbau. Mit Thüringens Wirtschaftsminister **Matthias Machnig** und einem Experten aus der Telekommunikationswirtschaft spreche ich über Handlungsoptionen, die Breitbandversorgung in Deutschland deutlich nach vorne zu bringen.

16:15 Uhr: Bürobesprechung mit meinen Mitarbeitern **Stefan Stader** und **Matthias Dahlke**. Wir gehen die Sitzungswoche durch und klären einige Terminanfragen.

17:00 Uhr: Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Diskutiert werden insbesondere die Verhandlungsergebnisse und anstehenden Entscheidungen zum europäischen Rettungsschirm ESM sowie zum Fiskalpakt.

19:30 Uhr: Informationsabend über rechtliche Fragestellungen zum Fiskalpakt. Mit zwei Rechtsprofessoren sowie zuständigen Vertretern des Bundesfinanzministeriums debattiert die SPD-Fraktion, ob der Fiskalpakt verfassungsrechtlich bedenklich ist, insbesondere im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung besonders betonte Budgethoheit des Deutschen Bundestages. Mit dem Fiskalpakt wird ein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen, der die Beitrittsländer dazu verpflichtet, die vereinbarte Schuldengrenze verfassungsrechtlich abzusichern. Die eingeladenen Experten hatten im Ergebnis keine juristischen Bedenken. Allerdings hätte man sich gewünscht, dass auch Experten eingeladen gewesen wären, die diesbezüglich eine andere Ansicht vertreten, damit man die vorgetragenen Argumente noch besser gewichten kann.

21:15 Uhr: Ich erledige meine Lebensmitteleinkäufe für die Woche. Ganz in der Nähe meiner (Zweit-) Wohnung in Berlin gibt es einen Laden, der bis 24 Uhr geöffnet hat.

■ Dienstag, 26. Juni

8:00 Uhr: Koordinierungsrunde. Wie in jeder Sitzungswoche stimmen sich die Sprecher aus den Bereichen Recht, Innen, Kultur und Medien zu aktuellen Themen ab. Eingeladen wird die Runde durch die zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Christine Lambrecht**. Diesmal stehen auf der Tagesordnung Berichte zu den Projekten Kreativpakt und Integration, sowie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der bundesweiten Durchsuchung radikalislamischer Organisationen.

09:30 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie. Mit Experten aus der Wirtschaft diskutieren wir zunächst über die anstehende Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Dann wählen wir unseren früheren Bundesverkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** zum neuen Sprecher der Arbeitsgruppe. Die Wahl wurde nötig, weil unser bisheriger Sprecher **Garrelt Duin** von **Hannelore Kraft** zum neuen Wirt-

schaftsminister in NRW ernannt wurde. Schließlich bereiten wir die anstehende Ausschusssitzung vor und diskutieren über einige Antragsentwürfe der SPD-Fraktion.

12:00 Uhr: Gespräch der NRW-Landesgruppe mit Martin Schulz. Der Präsident des Europäischen Parlaments berichtet von seinen Gesprächen zur Euro-Krise und gibt einen Überblick über den derzeitigen Verhandlungsstand auf europäischer Ebene. Wir sind uns einig, dass man letztlich nur die Wahl zwischen unterschiedlich großen Übeln hat. Das Größere wäre aus heutiger Sicht das Zusammenbrechen der gemeinsamen Währung, weil Deutschland wirtschaftlich in besonderer Weise nachteilige Folgen zu befürchten hätte.



13:30 Uhr: Büro. Ich sichte inzwischen eingegangenen eMail-Verkehr und neue Post.

14:00 Uhr: Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion. Wir nehmen uns drei Stunden Zeit, um über die Ende der Woche geplanten Abstimmungen zum ESM sowie den Fiskalpakt zu diskutieren. Es werden kritische Fragen gestellt, einige Abgeordnete haben Zweifel, ob ESM und Fiskalpakt der richtige Weg sind, insbesondere auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten. Der Kollege **Dr. Peter Danckert** kündigt nach Verabschiedung einen Gang nach Karlsruhe an.



Die Mehrzahl der Redner spricht sich für eine Zustimmung aus, sofern die mit der Bundesregierung ausgehandelten Punkte umgesetzt werden, also die von der SPD-Fraktion stets geforderte Finanztransaktionssteuer sowie ein Wachstumspaket auf europäischer Ebene. SPD-Parteivorsitzender **Sigmar Gabriel** hält ein leidenschaftliches Plädoyer und verweist auf die vom Parteivorstand und Parteikonvent beschlossenen Positionen. Am Ende wird das von der SPD erzielte Verhandlungsergebnis bei nur einer Gegenstimme einhellig gebilligt. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion soll aber erst in einer Sondersitzung am Freitag festgelegt werden, wenn die Beschlüsse auf europäischer Ebene gefallen sind. Insgesamt war die Debatte in der Fraktion sehr offen, argumentativ und auf hohem Niveau. Wir ringen alle um die richtigen Lösungen und Positionen und sind uns unserer großen Verantwortung bewusst.

17:30 Uhr: Steuerungsgruppe Infrastruktorkonsens. Ein von mir als Leiter der Projektarbeitsgruppe verantwortetes Papier zum Breitbandausbau wird ohne Änderungen angenommen und soll nach der Sommerpause in der Fraktion endgültig so verabschiedet werden. Zudem bringen wir ein Dialogpapier zum Thema Luftverkehr auf den Weg, das mit Fragestellungen versehen ist und zunächst insbesondere mit der Fachöffentlichkeit debattiert werden soll.

19:30 Uhr: Hoffest der SPD-Fraktion. Am Haus der Kulturen, landläufig „Schwangere Auster“ genannt, feiern wir unser traditionelles Fests vor der Sommerpause. Abgeordnete, Mitarbeiter/innen, viele Sozialdemokraten aus den Ländern und andere Gäste tauschen sich aus. Neben dem Euro bietet die Fußball-EM reichlich Gesprächsstoff. Mit Hamburgs Bürgermeister **Olaf Scholz** rede ich über einige Medienthemen, da er im SPD-Parteivorstand für diesen Bereich zuständig ist. Er sagt zu, im nächsten Jahr zu einer gemeinsamen Veranstaltung nach Köln zu kommen.

■ Mittwoch, 27. Juni

8:00 Uhr: Büro. Ich bereite die heutigen Sitzungen vor, insbesondere die anstehende Anhörung im Wirtschaftsausschuss zu den Themen Pressefusionsrecht und Presse-Grosso. Hierzu sind von den eingeladenen Sachverständigen bereits schriftliche Stellungnahmen eingegangen.

9:30 Uhr: Obleuterunde Wirtschaftsausschuss. Beraten werden die heutigen Ausschusssitzungen sowie einige nach der Sommerpause anstehende Termine. An der Runde des Vorsitzenden mit den Obleuten bzw. Sprecher/Innen der Fraktionen nehme ich als stellvertretender Ausschussvorsitzender teil.



10:00 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Im Mittelpunkt stehen die Beratungen zum ESM und Fiskalpakt. Zudem sprechen wir mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank **Dr. Jens Weidmann** über die Auswirkungen der Krise auf Deutschland und seine Einschätzung der getroffenen und möglichen Krisenbewältigungsmaßnahmen.





12:30 Uhr: Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 28./29. Juni in Brüssel durch Bundeskanzlerin **Angela Merkel** mit anschließender Debatte im Plenum. Unser Hauptredner **Frank-Walter Steinmeier** kritisiert die Kanzlerin, weil sie den Menschen immer noch nicht reinen Wein zur kritischen Lage in Europa einschenke. Angesichts mancher Fehldiagnosen und Schulmeisterien stelle sich die Bundesregierung als Teil des Problems und nicht als dessen Lösung dar. Konsolidierung sei notwendig, hierzu gehörten aber neben Sparprogramme auch Wachstumsimpulse. Für die SPD werde der Fiskalpakt erst durch ein Wachstumspaket zustimmungsfähig, das inzwischen von der SPD durchgesetzt werden konnte, weil für die Verabschiedung eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei.

14:30 Uhr: Anhörung zur **GWB-Novelle** im **Wirtschaftsausschuss**. Als Berichterstatter der SPD-Fraktion bin ich zuständig für die Fragen an die eingeladenen Sachverständigen zum 1. Block, in dem die Themen Pressefusionsrecht und Presse-Grosso behandelt werden.

17:00 Uhr: Büro. Ich diktiere Antworten zu einigen eingegangenen Anfragen.

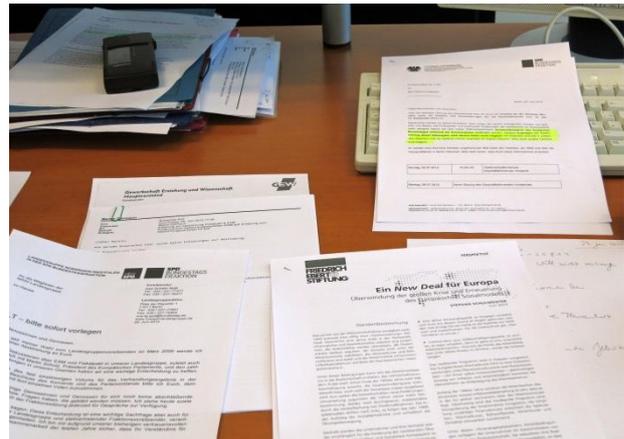
20:00 Uhr: Parlamentarischer Abend des Flughafens Köln/Bonn. Eingeladen zu dem von mir mit organisierten Gespräch mit der Flughafenleitung waren die Abgeordneten aller Fraktionen aus Köln und den benachbarten Wahlkreisen. **Michael Garvens**, Vorsitzender der Geschäftsführung, erläuterte zunächst die wirtschaftliche Situation des Flughafens sowie die Maßnahmen, die der Flughafen für einen verstärkten Lärmschutz ergreift. In der Diskussion wurde hierzu insbesondere die Frage vertieft, inwieweit ein Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge zu einer wahrnehmbaren Entlastung der Anwohner führen könnte. Die Flughafenleitung gibt zu bedenken, dass man sich aus wirtschaftlichen Gründen dann wohl um eine Ausweitung des Frachtflugs in der Nacht bemühen müsste, was im Ergebnis wegen der lauterer Maschinen eher zu einer Mehrbelastung führen könnte. Diese und andere Fragen wurden in der Diskussion vertieft beraten, die insgesamt dreieinhalb Stunden dauerte! Alle Beteiligten waren sich am Ende einig, dass man den Dialog fortsetzen müsse.

■ **Donnerstag, 28. Juni**

8:00 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Luft- und Raumfahrt. Mit der Führungsspitze des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) erörtern wir, welche Weichenstellungen die im November anstehende Ministerratskonferenz der Europäischen Weltraumbehörde

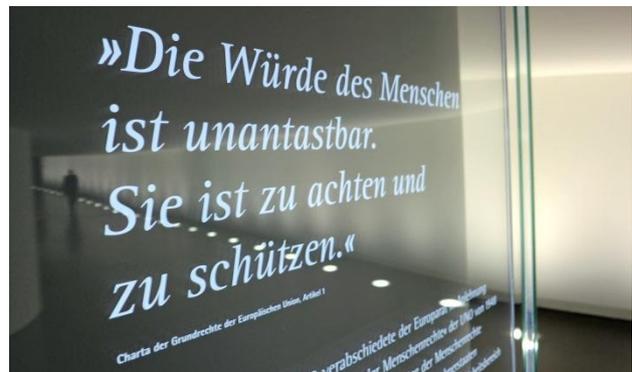
(ESA) bringen sollte. Diese werden auch erhebliche Auswirkungen auf den Raumfahrtstandort Deutschland haben.

9:30 Uhr: Büro. Zum ersten Mal in dieser Woche habe ich ein wenig Luft, um einige Telefongespräche zu führen. Zudem liegt ein dicker Stapel von Vorgängen auf meinem Schreibtisch, nicht nur zu meinen Schwerpunktthemen Wirtschaft, Medien und Netzpolitik. Damit werde ich noch einige Tage beschäftigt sein. Insbesondere zur Eurokrise haben mich zahlreiche Zuschriften besorgter Bürgerinnen und Bürger erreicht. Bei anderen Anfragen geht es beispielsweise um Datenschutzfragen oder um eher persönliche Anliegen und Probleme. Von einer Sommerpause bin ich noch ein gutes Stück entfernt.



13:00 Uhr: Gesprächsrunde „Neue Raumfahrt“. Zusammen mit meinen Fraktionskollegen **Wolfgang Tiefensee** und **Carsten Sieling** spreche ich mit Raumfahrtexperten über neue Projekte, die im deutschen Interesse auf europäischer Ebene umgesetzt werden sollten. Insofern dient das Gespräch der Vertiefung der bereits am Vormittag aufgeworfenen Fragestellungen hinsichtlich der nächsten ESA-Ministerkonferenz. Es ist verabredet, dass ich nach der Sommerpause ein überfraktionelles Informationsgespräch mit ESA-Chef **Jean-Jacques Dordain** in Berlin organisiere.

14:45 Uhr: Namentliche Abstimmung zu „UNIFIL“. Mit der SPD-Fraktion stimme ich der Fortsetzung der Bundeswehrbeteiligung am UN-Einsatz im Libanon zu.



15:15 Uhr: Runder Tisch Presse-Grosso. Das Bundeswirtschaftsministerium hat neben den zuständigen Berichterstattern aus den Fraktionen Vertreter des Presse-Grosso und der beteiligten Verlage eingeladen, um auszuloten, ob ein gemeinsam getragener Branchenkompromiss noch möglich ist oder ob es einer gesetzlichen Absicherung des Presse-Grosso bedarf. Am Ende des Gespräches werden die Beteiligten aufgefordert, über die Sommerpause eine

gemeinsam getragene Lösung zu finden. Andernfalls werden die Fraktionen eine gesetzliche Verankerungen noch im Rahmen des derzeitigen Gesetzgebungsverfahrens im Rahmen zur GWB-Novelle anstreben. Zu den damit verbundenen schwierigen Rechtsfragen habe ich für die SPD-Fraktion die Expertise eines renommierten Kartellrechtlers eingeholt, die ich dem Ministerium sowie den anderen Fraktionen zur Verfügung stellen werde. Wir sitzen uns nachhaltig für eine Sicherung des Presse-Grosso-Systems ein, da diese die Überall-Erhältlichkeit von Presseerzeugnissen - auch kleinerer Verlage - und damit die Medienvielfalt sicherstellt.

17:15 Uhr: Namentliche Abstimmungen. Mit der SPD-Fraktion stimme ich für einen SPD-Antrag sowie einen Gesetzentwurf der Grünen, die auf die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Personen abzielen. Für die



SPD-Fraktion hält unser Beauftragter für Schwule und Lesben **Johannes Kahrs** ein leidenschaftliches Plädoyer, diesen Personenkreis nicht nur mit gleichen Pflichten, sondern auch mit gleichen Rechten auszustatten. Ich freue mich schon darauf, dass Johannes in der nächsten Woche drei

Tage in Köln zu Gast sein wird. Gemeinsam nehmen wir dort an den CSD-Veranstaltungen teil.

18:30 Uhr: Büro.

18:45 Uhr: Plenardebatte zur Situation des Mittelstands. Beraten wird unter anderem ein Antrag der SPD-Fraktion, der auf eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen des Mittelstands abzielt.

20:45 Uhr: Fernsehübertragung des EM-Halbfinals. Konsequente Italiener schicken unsere Löw-Jungs mit 2:1 nach Hause, die heute einfach zu uninspiriert und ängstlich agieren. Die deutsche Aufstellung war auch nicht optimal. Schade.

■ Freitag, 29. Juni

7:30 Uhr: Wohnungsputz. Muss auch mal sein.

9:30 Uhr: Büro. Den Vormittag verbringe ich fast ausschließlich mit dem Diktieren einiger Schreiben. Zwischendurch nehme ich an der namentlichen Abstimmung zum von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung teil, den wir als SPD-Fraktion ablehnen, weil er den Herausforderungen in keiner Weise gerecht wird.

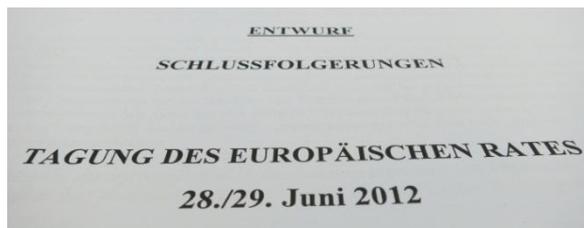
13:00 Uhr: Bürobesprechung. Zusammen mit meinem Mitarbeiterteam komme ich endlich dazu, aufgelaufene Rückfragen zu klären und weitere Projekte und Termine in der Sommerpause abzustimmen.

15:30 Uhr: Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion. Zunächst gibt unser Fraktionsvorsitzender **Frank-Walter Steinmeier** einen Überblick darüber, was in den letzten beiden Tagen auf europäischer Ebene ausgehandelt wurde. An-

schließend diskutieren wir ausführlich unsere Bewertung und unser Abstimmungsverhalten zum ESM sowie zum Fiskalpakt. **Martin Schulz** ist gekommen und wirbt um Zustimmung. Mit großer Mehrheit folgt die Fraktion diesem Votum.



16:45 Uhr: Sitzung der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie. Da zwei Mitglieder der AG ausgeschieden sind und durch neue Kollegen ersetzt werden, müssen insofern deren Berichterstatthermen formell neu festgelegt werden.



17:00 Uhr: Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Schaffung einer Stabilitätsunion.

17:20 Uhr: Plenardebatte zu ESM und Fiskalpakt

Zwischendurch setze ich mich kurz mit den Fraktionskollegen aus der Region Mittelrhein zusammen. Wir sprechen über anstehende Verkehrsplanungen in unseren Wahlkreisen und wie wir diese auf Landes- und Bundesebene nach vorne bringen können.

21:00 Uhr: Namentliche Abstimmungen über die Begleitgesetze zu ESM und Fiskalpakt. Sie werden jeweils mit deutlicher Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Auch ich stimme zu, wenn auch schweren Herzens. Die finanziellen Risiken für Deutschland sind sehr groß. Aber es fehlen bessere Alternativen.

22:00 Uhr: Sitzungsende. Der Bundestagspräsident weist auf mögliche Sondersitzungen in der Sommerpause hin und merkt abschließend scherzhaft an: „Für Ihre Urlaubsplanung: Schwimmen Sie nicht zu weit raus und behalten Sie Ihr Handgepäck immer griffbereit.“ (Nachtrag: mich erwischte es am 19. Juli auf Mallorca.)

Ich fahre in die Wohnung und fliege am nächsten Morgen zurück nach Köln. Im Wahlkreis stehen wie üblich einige Wochenendtermine an.

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Marcel Röthig

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Claudia Brock

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Die Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann S. 1; 4 oben; 7 unten; 9 bis 15;
Decker S. 3 links;
Jäger S. 3 rechts;
Welfens, EIW S. 4 unten;
Özoguz S. 5 oben;
SPD-Landtagsfraktion: S. 6, 7, 8;
Stephan Gatter S. 6;
Andreas Kossiski S. 7 oben;
Jochen Ott S. 7;
Bundestag/Lichtblick/Achim/Melde S. 12

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de



